„Wenn ich das schwarze Schaf sein muss, soll es so sein“

Theodor Meron überlebte den Holocaust, heute berät er den Internationalen Strafgerichtshof zu Israels mutmaßlichen Kriegsverbrechen. Ans Völkerrecht glaubt er noch immer – trotz zahlloser Verstöße dagegen.

Von Muriel Kalisch, DER SPIEGEL, 16.04.2025

Es ist nicht leicht, Theodor Meron, 94, zum Gespräch zu treffen. Er reist viel, nach Oman, Singapur, in die USA. Schließlich klappt es am Trinity College der Universität Oxford, wo der ehemalige Botschafter Israels und frühere Präsident des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien noch heute als Gastprofessor lehrt und Ehren-Fellow auf Lebenszeit ist. Wenn Meron über den Campus läuft, rufen Studierende ihm »Hi, Richter Ted« zu. Für das Gespräch hat die Trinity-Präsidentin ihr Wohnzimmer zur Verfügung gestellt. Im Innenhof des Colleges wächst ein kleiner Baum, gepflanzt zum Gedenken an Merons verstorbene Ehefrau Monique.

SPIEGEL: Herr Meron, im vergangenen November hat der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) Haftbefehl gegen Israels Premier Benjamin Netanyahu erlassen. Friedrich Merz, bald deutscher Kanzler, hat angekündigt, Netanyahu trotzdem eine Reise nach Deutschland ermöglichen zu wollen. Was halten Sie davon?

Meron: Wenn Herr Merz die Peinlichkeit vermeiden möchte, Menschen zu verhaften, gegen die Haftbefehle erlassen wurden, könnte er sie einfach bitten, nicht nach Deutschland zu kommen. Ich glaube an Rechtsstaatlichkeit. Und ich erwarte, dass Staatsoberhäupter sich entsprechend verhalten.

SPIEGEL: Gerade erst reiste Netanyahu nach Ungarn, wie Deutschland Vertragsstaat des IStGH. Festgenommen wurde er nicht, stattdessen verkündete Ungarn seinen Rückzug aus der Institution. Konnte Ungarn seine Verpflichtung, Netanyahu zu verhaften, so abschütteln?

Meron: Nein. Der Rücktritt wird erst ein Jahr nach der Ankündigung wirksam.

SPIEGEL: Fürchten Sie, weitere Staaten könnten dem ungarischen Beispiel folgen?

Meron: In der Geschichte des IStGH haben sich erst drei Staaten zurückgezogen, keiner dieser Austritte hat einen Sturm an Rücktritten nach sich gezogen.

SPIEGEL: Sie sind Teil einer Expertengruppe, die den Chefankläger des IStGH, Karim Khan, berät. Auch zum Haftbefehl gegen Netanyahu, Ex-Verteidigungsminister Yoav Gallant und Hamas-Funktionäre haben Sie Ihre Einschätzung abgegeben.

Meron: Wir haben uns in der Gruppe darauf verständigt, uns nach der Veröffentlichung der Entscheidung – und eines Meinungsbeitrags in der »Financial Times« – nicht mehr zu äußern. Es ist alles gesagt.

SPIEGEL: In Ihrer Erklärung schreiben Sie von hinreichenden Gründen für die Annahme, dass die Verdächtigen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben. Ein schwerer Vorwurf, der damals zum Aufschrei in Israel geführt hat. Dass der Chefankläger Experten mit einer Art Gutachten beauftragt, ist neu. Wollte Khan sich absichern?

Meron: Das weiß ich nicht. Aber ich kann nichts Problematisches daran erkennen, bei einer schwierigen Frage Experten zu konsultieren.

SPIEGEL: Ihre Rolle in dem Gremium hat besonders viel Aufmerksamkeit erregt. Nicht nur weil Sie Richter an den Ad-Hoc-Tribunalen für Ruanda und Jugoslawien waren. Sie waren auch Botschafter Israels – und Sie haben den Holocaust überlebt. Welche Reaktionen erhielten Sie?

Meron: Viele, vermutlich die meisten Menschen, äußerten sich unterstützend. Mir wurde klargemacht, dass bestimmte Personen von meiner Rolle im Expertengremium nicht begeistert sind. Natürlich in Israel, aber auch in den USA. Als ich 2022 zum Sonderberater des IStGH für humanitäres Völkerrecht berufen wurde, bat ich darum, mich zu Fällen Israels betreffend nicht äußern zu müssen – weil ich dort gelebt und für den israelischen Staat gearbeitet habe.

SPIEGEL: Trotzdem haben Sie ja gesagt.

Meron: Ich war gerade in New York, als Khan anrief. Ich sagte ihm, ich wäre lieber nicht gefragt worden. Aber ich war 20 Jahre internationaler Strafrichter, habe mich jahrzehntelang mit dem humanitären Völkerrecht beschäftigt. Es wäre scheinheilig, sich nur den Verbrechen der anderen zu widmen. Ich musste zustimmen.

SPIEGEL: Als die Haftbefehle erlassen wurden, warf Benjamin Netanyahu dem IStGH Antisemitismus vor. Was denken Sie über diese Vorwürfe?

Meron: Die Israelis fühlen sich oft von internationalen Institutionen antisemitisch diskriminiert. Ich würde nicht mit Khan arbeiten, wenn ich ihn für antisemitisch oder antiarabisch hielte.

SPIEGEL: Sie wurden 1930 in Polen geboren. In Ihrem 2021 erschienenen Buch »Standing Up for Justice« beschreiben Sie eine friedliche Kindheit, Kayakfahren im Sommer, Schlittschuhlaufen im Winter. Wie erlebten Sie die Herrschaft der Nationalsozialisten?

Meron: Es waren nicht die besten Jahre meines Lebens, um es milde auszudrücken. Davor war ich behütet aufgewachsen, vielleicht sogar verwöhnt. Meine Familie verpachtete Waldstücke zur Abholzung, ich verbrachte meine Sommer in Wäldern. Ich kann mich nicht an Antisemitismus in meiner Grundschulzeit erinnern. Das änderte sich innerhalb von Tagen. Meine Heimatstadt Kalisz lag nur etwa 200 Kilometer entfernt von der damaligen deutschen Grenze, drei Tage nach Kriegsbeginn war die Stadt bereits besetzt. Da waren meine Eltern, mein Bruder und ich bereits geflohen, mit einem Pferdekarren. Eine Bombe tötete unser Pferd, also trugen wir unser Gepäck. Brücken waren zerbombt, wir wateten durch Flüsse.

SPIEGEL: Sie suchten schließlich Zuflucht in Częstochowa, wo die Eltern Ihrer Mutter wohnten.

Meron: Mehrere Jahre lebten wir dort in Ghettos. Als diese liquidiert wurden, kam ich in ein Arbeitslager und produzierte Munition für HASAG, ein deutsches Rüstungsunternehmen. Bis heute denke ich manchmal: Ich habe nur überlebt, weil ich die deutschen Kriegsanstrengungen unterstützt habe. Aber natürlich war es besser als ein Konzentrationslager. Fast alle meine Familienmitglieder, die noch in Polen waren, wurden in Treblinka ermordet. Nur ein paar Onkel, mein Vater und ich überlebten.

SPIEGEL: Sie waren in der Position, ein junger Mann zu sein, der zur Arbeit eingesetzt wurde. Mit zwölf Jahren waren sie eigentlich noch ein Kind.

Meron: Es gab keine Kinder, mit denen ich sprechen oder spielen konnte. Hinzu kam der komplette Verlust von Privatsphäre, von Autonomie. Ich musste gehorchen. Viele Jahre träumte ich davon, wie schwarz gekleidete Männer von der SS mich verfolgten. Es war auch schwer für mich, nicht mehr zur Schule gehen zu können. Als wir befreit wurden, fühlte ich vor allem einen großen Hunger nach Normalität und Bildung. Sie hat von da an mein Leben geprägt.

SPIEGEL: Sie haben Ihr Leben dem Recht gewidmet.

Meron: Ich bilde mir nicht ein, dass ein Einzelner viel erreichen kann. Aber ich wollte zu einer internationalen Gemeinschaft beitragen, in der Menschen einander nicht aufgrund ihres Glaubens oder ihrer Ethnie töten. In der solche Verbrechen nicht mehr möglich sind oder zumindest weitaus seltener. Es wurde zum Leitmotiv meiner Arbeit, und ich habe es nie bereut.

SPIEGEL: Sie haben eine lange Karriere hinter sich: als Berater der israelischen Regierung, als Botschafter in Kanada, als Berater für Völkerrecht im US-Außenministerium. Sie haben an verschiedenen Universitäten gelehrt, mit 70 Jahren wurden Sie Richter am Jugoslawientribunal. Die meisten Menschen sind in diesem Alter schon in Rente. Können Sie nicht gut still sitzen?

Meron: Ich glaube an Veränderungen. Sie können schwierig sein, manchmal Furcht einflößend. Aber sie tun einem gut. Also habe ich alles verändert, Berufe, Orte, Interessen, wieder und wieder.

SPIEGEL: Im Nahen Osten scheint der Konflikt verhärteter denn je. Halten Sie Frieden zwischen Israelis und Palästinensern noch für möglich?

Meron: Es kann ihn einzig mit einer Zweistaatenlösung geben, aber daran glauben derzeit nur Utopisten. Die Verbrechen der Hamas am 7. Oktober 2023 machen es vielen in Israel schwer, auf einen Frieden hinzuarbeiten. Der 7. Oktober war einer der barbarischsten Angriffe, die ich gesehen habe. Zivilisten, sogar Kinder, wurden getötet und gefoltert, Frauen vergewaltigt, Geiseln genommen. Auf der palästinensischen Seite hat der Krieg, der Gaza in Schutt und Asche gelegt hat, zu einem starken Anstieg antiisraelischer Gefühle geführt.

SPIEGEL: Das US-Magazin »Foreign Policy« nannte Sie in einem Porträt »den Mann, der versucht, Israel vor sich selbst zu retten«. Wollen Sie das Land, das nach Ihrer Flucht aus Polen zu Ihrer Heimat wurde, retten?

Meron: Der Titel bezog sich auf meine Zeit im israelischen Außenministerium, um genau zu sein auf eine Einschätzung, die ich damals abgegeben habe. Es war im September 1967, kurz nach dem Sechstagekrieg, ich wurde vom Büro des damaligen Premierministers Levi Eshkol um eine rechtliche Beurteilung gebeten, ob Siedlungen im Westjordanland mit dem Völkerrecht im Einklang stünden. Damals hatte die Besatzung gerade begonnen.

SPIEGEL: Sie sagten Nein.

Meron: Ich habe klargemacht, dass die Einrichtung von zivilen Siedlungen im Westjordanland gegen die vierte Genfer Konvention verstößt, die sich mit den Rechten und Pflichten von Besatzungsmächten befasst und den Rechten der Bevölkerung in besetzten Gebieten. Ich sagte: Das könnt ihr nicht machen. Wenn die Regierung meiner Einschätzung gefolgt wäre, wären wir heute viel näher an einem Frieden zwischen Arabern, beziehungsweise Palästinensern, und Israelis.

SPIEGEL: Premierminister Eshkol ignorierte Ihre Einschätzung. Heute lebt eine halbe Million Siedler im Westjordanland. Hätten Sie mehr tun können?

Meron: Ich habe damals absolut klargemacht, was geltendes Recht ist. Das ist die Aufgabe eines Rechtsberaters. Heute sprechen wir oft von rechten Parteien, die die Siedlungsbewegung unterstützen. Die ersten Siedlungen wurden jedoch unter einem Premier der linken Arbeitspartei Avoda errichtet. Aber auch ich hätte nicht gedacht, dass die Siedlungen diese Dimensionen annehmen.

SPIEGEL: Die Idee der Zweistaatenlösung war Teil des Osloer Friedensprozesses zwischen 1993 und 1995; international wird sie immer wieder als Ziel ausgegeben. In der Realität scheint das Konzept von der Wirklichkeit lange überholt worden zu sein. Im Westjordanland bedrängen jüdische Siedler palästinensische Bewohner, laut der Uno gab es seit dem 7. Oktober 2023 Hunderte Fälle von Siedlergewalt. Der Gazastreifen ist nahezu unbewohnbar.

Meron: Von der arabischen Seite würde ich die Entmachtung von Organisationen wie der Hamas erwarten. Nur so kann es überhaupt einen Dialog mit den Israelis geben. Die Palästinenser müssen aber auch auf eine bessere Zukunft hoffen können, es ist an der internationalen Gemeinschaft, dazu beizutragen. Die beste Aussicht auf eine Veränderung der Situation gäbe es, wenn die Vereinigten Staaten Druck auf Israel ausübten, um eine Zweistaatenlösung zu akzeptieren, den Bau neuer Siedlungen zu stoppen und das Schicksal der bestehenden zu verhandeln. Die Chance, dass dies unter der Trump-Regierung geschieht, ist gering, um es milde auszudrücken.

SPIEGEL: Sie wirken zurückhaltend mit Kritik am US-Präsidenten.

Meron: Als Ex-Richter, Berater des Generalstaatsanwalts und als ehemaliger Berater im US-Außenministerium ist es für mich nicht angemessen, Präsident Trump konkret zu kritisieren. Ich möchte keine Angriffsfläche bieten für die Verfahren, an denen ich beteiligt war.

SPIEGEL: In den Achtzigerjahren gaben Sie Ihre israelische Staatsbürgerschaft auf. Was ist heute Ihre Verbindung zu dem Land, dem Sie einst gedient haben?

Meron: Ich habe keine innige Beziehung zu Israel mehr. Der größte Teil meiner Familie lebt in den USA. Wenn man Israel verlässt, wird man zum schwarzen Schaf. Meine Kritik an der Politik ist bekannt, und es gibt wenige Menschen in Israel, die mit meiner Position zu den Siedlungen übereinstimmen, und somit für mich auch wenig Gründe zurückzugehen. Wenn du ein schwarzes Schaf bist, bist du ein schwarzes Schaf. Du kannst es nicht ändern. Und wenn ich das schwarze Schaf sein muss, soll es so sein.

SPIEGEL: In Ihrem Buch schreiben Sie, Bezug auf den Talmud nehmend: »Wir sehen die Dinge nicht, wie sie sind. Wir sehen die Dinge, wie wir sind.« Kann man als Überlebender eines Genozids neutral über Kriegsverbrechen richten?

Meron: Natürlich habe ich die Posten als Richter und Rechtsberater auch aufgrund meiner Erfahrungen angetreten. Weil ich ein Opfer des Holocaust war, habe ich mich auf Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht spezialisiert. In gewisser Weise sehe ich das als poetische Gerechtigkeit. Und selbstverständlich gibt es diese Erwartung an mich, stärker mit den Opfern zu empfinden. Aber ich habe mir nie erlaubt, eine Partei zu bevorzugen. Wenn du intellektuell, moralisch oder emotional nicht damit umgehen kannst, kannst du kein Richter werden.

SPIEGEL: Gaza ist nahezu komplett zerstört, im Sudan soll die Armee Chemiewaffen eingesetzt haben, in Syrien kommen immer mehr Verbrechen des Assad-Regimes ans Licht. Es scheint, als hätte die Menschheit nichts dazugelernt. Funktioniert das Völkerrecht überhaupt?

Meron: Nachdem die Nürnberger Prozesse in den Vierzigerjahren vorbei waren, gab es für ein halbes Jahrhundert keinerlei internationale Strafgerichtsbarkeit. Seitdem haben wir viel erreicht. Die Uno-Kriegsverbrechertribunale erzielten spektakuläre Erfolge bei der Verfolgung von Personen, die des Völkermords, der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und der Kriegsverbrechen angeklagt waren. Sie gewährten den Angeklagten ein faires und ordnungsgemäßes Verfahren. Sie entwickelten das Recht für die Verbrechen Vergewaltigung und Folter fort. Sie etablierten, dass die Kriegsregeln, die für internationale Kriege gelten, auch für nicht internationale bewaffnete Konflikte anwendbar sind.

SPIEGEL: Dass der IStGH Haftbefehle gegen Netanyahu und Gallant erlassen hat und der Internationale Gerichtshof (IGH) den Vorwurf eines Genozids in Gaza prüft, wird von vielen Menschen weltweit bereits als Schuldspruch gewertet. Was bedeutet es für die internationale Rechtsprechung, wenn die öffentliche Meinung die Ermittlungen überholt?

Meron: Menschen haben widersprüchliche Vorstellungen davon, zu welchem Zweck die internationale Gerichtsbarkeit existiert. Manche denken, sie sollte zur Versöhnung beitragen, zum Frieden. Andere sagen, die Richter sollen den Opfern zu einem Abschluss verhelfen. Opfer wollen Wiedergutmachung und Vergeltung. Das ist nicht überraschend, sie haben furchtbar gelitten. Sie erwarten Verurteilung und Bestrafung. Als Richter kannst du dich nicht von äußeren Erwartungen leiten lassen, sonst könnte gleich die Politik entscheiden. Du darfst dich nur von der Integrität des Rechts, der Fairness und einem ordnungsgemäßen Verfahren leiten lassen. Das ist uns bislang größtenteils gelungen.

SPIEGEL: Herr Meron, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.